

18.21

Abgeordneter Hermann Gahr (ÖVP): Herr Präsident! Herr Bundesminister! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Die öffentliche und die persönliche Sicherheit sind wichtige und unverzichtbare Güter und Rechte. Österreich ist ein sicheres Land, und das soll auch in Zukunft so bleiben.

Fakt ist, dass es aktuell Gefahren und Bedrohungen gibt, welche die öffentliche Sicherheit beeinflussen und den Menschen auch teilweise Angst machen. Mit dieser Novellierung des Sicherheitspolizeigesetzes schaffen wir neue und zeitgemäße Möglichkeiten, die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit zu verbessern.

Es wurde heute eingangs schon gesagt, dass gerade unsere Polizistinnen und Polizisten praxistaugliche Möglichkeiten sowie Mittel und Befugnisse brauchen, um bei Gefahr agieren zu können. So können nun auch für Kindergärten, Schulen, Vereinslokale und sonstige Plätze Betretungsverbote ausgesprochen werden.

Sehr geehrte Damen und Herren, jeder von uns kennt solche Plätze, auf denen die öffentliche Sicherheit gefährdet ist. Wenn ich etwa, Frau Kollegin Wurm, an die Bogenmeile, den Bahnhof oder den Bozner Platz in Innsbruck denke, so gibt es da Bereiche, wo die Menschen einfach Angst verspüren und durch Belästigungen verunsichert und gefährdet werden.

Es ist daher unsere Pflicht und unser Auftrag, Handlungen zu setzen, bevor etwas passiert. Wir müssen agieren und nicht reagieren. Wir müssen die Ängste und Sorgen der Menschen ernst nehmen und die Realitäten erkennen, daher hätte ich mir erwartet, dass heute so einige Dinge von der Opposition hätten mitgetragen werden können. Wir haben ja im Ausschuss, glaube ich, intensiv und auch inhaltlich sehr tiefgehend diskutiert, daher hätte ich mir heute eine breitere Zustimmung erwartet, wenn es um die Sicherheit geht.

Wir können mit dem neuen Sicherheitspolizeigesetz auch präventiv wirken, gerade was den Drogenhandel um Schulen oder die Gewalt und den Vandalismus bei sportlichen Großveranstaltungen betrifft. Die Novelle zum Sicherheitspolizeigesetz bringt mehr Schutz und Sicherheit für das öffentliche Leben, das öffentliche Miteinander. Mit dem neuen Gesetz werden die Kontrolle und der Ermittlungsdruck erhöht, die Polizei bekommt mehr Befugnisse, wir geben also dem Opferschutz eine höhere Priorität und einen größeren Stellenwert.

Ich möchte mich nochmals bei Bundesminister Sobotka für diese intensive und ausgewogene Diskussion bedanken, aber auch für die Konsequenz, das jetzt umzusetzen und nicht auf die lange Bank zu schieben.

Es geht um die Sicherheit, und für diese stehen wir auch in Zukunft. – Danke. (*Beifall bei der ÖVP.*)

18.24

Präsident Karlheinz Kopf: Nun hat sich Herr Bundesminister Mag. Sobotka zu Wort gemeldet. – Bitte, Herr Bundesminister.